Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8237**
14. Wahlperiode 14. 02. 2002

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Carsten Hübner, Sabine Jünger, Angela Marquardt und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/8170 –

Jugendpolitische Aktivitäten von rechtsextremen Organisationen und Parteien

Vorbemerkung der Fragesteller

Im letzten Jahr hat es mehrere Versuche von rechtsextremen Organisationen und Parteien gegeben, Schülerzeitungen und -initiativen zu ihrem Sprachrohr zu machen oder in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Im Januar und Februar 2001 verschickten die von der laut nordrhein-westfälischem Verfassungsschutz „rechtsextremistischen“ Gruppierung „Freundeskreis Unabhängiger Nachrichten“ herausgegebenen „Unabhängigen Nachrichten“ (UN) bundesweit ein Schreiben an Schülerzeitungen. In diesem boten sie den Schülerzeitungen an, Texte aus der bei den UN erscheinenden Reihe „Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher“ ein Jahr lang kostenlos nachzudrucken. In dieser Reihe finden sich Beiträge mit Titeln wie „Deutschland und seine Ostgebiete – Verzicht oder nicht?“, „1983 – nicht 50. Jahr nach der Machtübernahme, sondern 65. Jahr nach Versailles!“. Im Gegenzug sollten die Schülerzeitungen eine Werbeanzeige für die UN schalten (vgl. Berliner Morgenpost, 14. März 2001, DER TAGESSPIEGEL, 12. März 2001, Neue Züricher Zeitung, 4. Mai 2001).

Das Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen warnte am 17. Januar 2001 in einer Pressemitteilung:

„Es gibt Hinweise darauf, dass sich die rechtsextremistische Publikation ‚Unabhängige Nachrichten‘ (UN) gezielt an Schülerzeitungen wendet, um sie für ihre rechtsextremistischen Parolen zu gewinnen. Die UN stellt sich dabei als der ‚Wahrheit – Klarheit – Offenheit‘ verpflichtete Zeitschrift dar. In dem Anschreiben an Schülerzeitungsredaktionen wird die rechtsextremistische Ausrichtung der UN wortreich verschleiert. Die Redakteure der Schülerzeitung sollten im bekannt gewordenen Fall für die kostenlose Veröffentlichung einer Werbeanzeige für eine UN-Internet-Seite die ‚Unabhängigen Nachrichten‘ ein Jahr umsonst erhalten.
In den UN wird vor allem die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs geleugnet, fremdenfeindliche Vorurteile verbreitet und die Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland verzerrt dargestellt. In den UN-Artikeln werden die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer und

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 13. Februar 2002 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Asylbewerber fast ausschließlich unter dem Blickwinkel der ‚Überfremdung', ‚Ausbeutung öffentlicher Kassen' und des ‚Schmarotzertums' behandelt. […] Das Innenministerium NRW warnt davor, auf ‚Lockvogelangebote' der UN einzugehen. Es bittet um Hinweise, wenn weitere Aktivitäten der UN an Schulen bekannt werden […]." (www.verfassungsschutz.nrw.de/presse14.html)

Am 7. Februar 2001 berichtete die „Frankfurter Rundschau" (FR) von Schreiben der UN an Schülerzeitungen, die an bayerischen Schulen erscheinen (FR, 7. Februar 2001), im März erhalten laut Presseberichten auch Berliner Schülerzeitungsredaktionen Schreiben der UN (DER TAGESSPIEGEL, 12. März 2001, Berliner Morgenpost, 14. März 2001). Gegenüber der „BERLINER MORGENPOST" sagte der Pressesprecher des Bundesamtes für Verfassungsschutz: „Es handelt sich [bei den „Unabhängigen Nachrichten"] um ein verfassungsfeindliches Blatt." Die verbreiteten Inhalte seien „ganz klar rechtsextremistisch", so der Pressesprecher des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BERLINER MORGENPOST, 14. März 2001). Deutschlandweit seien nach eigenen Angaben der UN 3 800 Briefe verschickt worden (Neue Züricher Zeitung, 4. Mai 2001).

Am 27. November 2001 berichtete die „Ostseezeitung" von der Gründung einer „von der NPD gelenkten" Schülerinitiative in Mecklenburg-Vorpommern. Öffentlichkeitswirksam vertreten sieht sich die „Schülerinitiative für freie Meinungsäußerung und -bildung" durch eine Zeitschrift mit dem Namen „Greifswalder Sprachrohr", die als Schülerzeitung alle zwei Monate erscheint und an Schulen in mehreren Städten Mecklenburg-Vorpommerns verbreitet wird. Der Sprecher des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommerns erklärte: „Der Ausdruck Schülerzeitung trifft nicht zu. Das Pamphlet wird weder von Schülern noch an den Schulen selbst gestaltet. Außerdem verbreitet es undemokratisches Gedankengut." (Nordkurier, 7. November 2001). Tatsächlich, so die „die tageszeitung" (taz), handele es sich um eine „NPD-Tarnorganisation", welche eine Indoktrination der Schüler betreibe (taz, 8. September 2001).

Initiativen wie die des „Greifswalder Sprachrohrs", dienen der NPD als Vorfeld- und Rekrutierungsorganisationen. Eine formelle Verbindung zur NPD besteht zunächst nicht, jedoch ist durch personelle Verflechtungen – NPD-Mitglieder sind Redakteure oder freie Mitarbeiter bzw. Referenten – ein Zusammenhang eindeutig belegt.

Am Beispiel des „Greifswalder Sprachrohrs" wird dies deutlich. So gehört zur Redaktion der Zeitschrift C. B., die in Greifswald stellvertretende Vorsitzende der NPD ist. Der freie Mitarbeiter L. D. ist seit langem Kreisvorsitzender der NPD in Rostock.

Wie der „Greifswalder Blitz" am 19. August 2001 meldete, versuche gerade die NPD „[…] Jugendliche und Kinder durch gezielte Propaganda und Lügen zu beeinflussen und […] eine rechte Jugendszene aufzubauen. Kinderfest und Schülerinitiative, Schülerzeitung und Internetseiten, hinter allem steht die NPD."

Die Regionale Arbeitstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) in Rostock, sieht eine „dramatische Unterschätzung" dieser Problematik. Mit „Bratwurst und Cola" kostenfrei, locke die NPD Kinder und Jugendliche (Norddeutsche Neuste Nachrichten, 25. Juli 2001).

Insofern spielt die finanzielle Komponente eine entscheidende Rolle, als sie die NPD für Außenstehende attraktiver gestaltet – so auch bei den „Schülern". Nach eigenen Angaben der „Schülerinitiative für freie Meinungsäußerung und -bildung" in Greifswald, zähle die NPD zum finanziellen Unterstützerkreis (http://www.sprachrohr.f2s.com/).

Am 12. Dezember 2001 meldete die „Thüringische Landeszeitung", dass die „Nationale Jugend Jena" aufgrund positiver Erfahrungen aus Norddeutschland eine Schülerzeitung herauszugeben beabsichtige. Die „Nationale Jugend Jena" kündigte auf ihrer Homepage die Herausgabe einer Schülerzeitung an, die nach eigenen Angaben in Zusammenarbeit mit dem „Norddeutschen

Sprachrohr“ entstehen und „Mitteldeutsches Sprachrohr“ heißen werde (http://www.fuer-jena.de/jugend/). Zuvor hatte sich die „Nationale Jugend Jena“ für die Einrichtung eines „Nationalen Jugendklubs“ in Jena eingesetzt, was jedoch vom hiesigen Sozialdezernenten im November 2001 abgelehnt wurde.

1. Sind der Bundesregierung die beschriebenen Aktivitäten der UN sowie die Vorgänge in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen bekannt?

   a) Wenn ja, welche zusätzlichen Informationen hat die Bundesregierung über diese Aktivitäten?

Der Bundesregierung ist bekannt, dass der rechtsextremistische „Freundeskreis Unabhängige Nachrichten“ mit seiner Publikation „Unabhängige Nachrichten“ (UN) die beschriebenen Aktivitäten bundesweit betrieb. Das Propagandamaterial der UN wurde insbesondere an Redakteure von Schülerzeitungen in Bayern und Nordrhein-Westfalen versandt.

Der Bundesregierung ist bekannt, dass die „Schülerinitiative für freie Meinungsäußerung und -bildung“ – nach einer am 14. August 2001 im Internet verbreiteten Meldung – beabsichtigte, die Zeitschrift „Greifswalder Sprachrohr“ erstmals am 31. August 2001 an Schulen in Greifswald, Waren und Stralsund kostenlos zu verteilen. Ebenso bekannt sind personelle Verflechtungen der „Schülerinitiative“ zur NPD.

   b) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

Entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag beobachten die Verfassungsschutzbehörden die Aktivitäten intensiv weiter und klären die Öffentlichkeit auf.

2. Gibt es nach Erkenntnis der Bundesregierung eine Diskussion innerhalb der rechtsextremen Szene um die gezielte Beeinflussung Jugendlicher mittels Schülerzeitungen und -initiativen, Kinderfesten, Jugendclubs u. a.?

   a) Wenn ja, welche rechtsextremen Organisationen beteiligen sich an dieser Diskussion und welche Inhalte hat diese Diskussion (bitte getrennt nach den einzelnen rechtsextremen Parteien, Organisationen, Kameradschaften und Zusammenschlüssen auflisten)?

Nein. Allerdings sind insbesondere in Greifswald Bestrebungen der dortigen NPD erkennbar, durch gezielte Aktionen in der lokalen Alltagskultur präsent zu sein und Bürgernähe zu demonstrieren. Dazu gehört beispielsweise neben der Unterstützung eines Kinderfestes die Unterstützung der erwähnten Schülerinitiative, die Bereitstellung eines Ordnerdienstes für ein Schützenfest oder die Gründung einer „nationalen Fußballmannschaft“.

Auf diese Weise sollen zum einen gerade junge Menschen für die NPD geworben werden. Hintergrund ist zum anderen aber auch das bereits 1991 erstmals von der Studentenorganisation der NPD „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ vorgestellte Konzept der Schaffung „befreiter Zonen“. Damit ein Stadtviertel hiernach zu einer solchen Zone werden könne, sollten „nationalistische Kräfte“ in Wohngebieten soziale Kompetenzen erwerben, beispielsweise indem sie alte Leute beim Einkaufen unterstützten oder als Babysitter bei arbeitenden Ehepaaren beziehungsweise allein stehenden Müttern fungierten. Es müsse so gehandelt werden, „dass man in einem Meer der Sympathie schwimmt, dass die ‚normalen‘ Bewohner für uns ‚die Hand ins Feuer legen‘“. Damit verfolgen

Rechtsextremisten das Ziel, positiv im Wohnumfeld aufzufallen, um dort politisch werben zu können.

b) Beteiligen sich Jugendorganisationen von Vertriebenenverbänden, beispielsweise die rechtsextremistische „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“, an dieser Diskussion?

Erkenntnisse hierzu liegen der Bundesregierung nicht vor. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ seit Frühjahr 2000 nicht mehr Jugendorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen“ ist.

3. Welche rechtsextremistischen Parteien und Organisationen haben in der Vergangenheit Versuche unternommen, über Schülerinitiativen und -zeitungen Einfluss an Schulen zu bekommen und welchen Erfolg hatten diese Versuche?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 wird verwiesen. Im Übrigen gilt, dass die Beobachtung rechtsextremistischer Schülerzeitungen oder -initiativen sowie eventueller Versuche von Rechtsextremisten, Schülerzeitungen oder -initiativen zu beeinflussen, in den Aufgabenbereich der Landesbehörden für Verfassungsschutz fällt. Dies gilt auch für die Beobachtung rechtsextremistischer „Jugendclubs“ oder rechtsextremistischer Bestrebungen im Rahmen von Sportangeboten. Die Bundesregierung nimmt zu solchen Angelegenheiten der Länder grundsätzlich keine Stellung.

Die NPD verbucht jede scheinbare Akzeptanz in der Bevölkerung und jede öffentliche Thematisierung für sich als Erfolg.

4. In welchen Bundesländern werden nach Erkenntnis der Bundesregierung Schülerzeitungen mit rechtsextremen Inhalten herausgegeben oder werden Schülerzeitungen von Rechtsextremen herausgegeben oder von rechtsextremen Parteien oder Organisationen – beispielsweise finanziell – unterstützt (bitte alle Schülerzeitungen nennen und nach Bundesländern auflisten)?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

5. Hat die Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über den Inhalt des „Greifswalder Sprachrohrs“ oder anderer sog. Schülerzeitungen und wenn ja, welche?

Auf die Antworten zu den Fragen 1, 2 und 3 wird verwiesen.

6. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über die UN bzw. „Freundeskreis Unabhängiger Nachrichten“?

Der in Oberhausen ansässige „Freundeskreis Unabhängige Nachrichten“ entfaltet seine Aktivitäten insbesondere durch die Herausgabe der in mehreren tausend Exemplaren erscheinenden Monatsschrift „Unabhängige Nachrichten“; darin wird auch antisemitisch und ausländerfeindlich agitiert. Zum „Freundeskreis Unabhängige Nachrichten“ haben Personen aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum, vereinzelt auch Neonazis, Kontakt.

7. Haben nach Erkenntnis der Bundesregierung Schülerzeitungen das Angebot des „Freundeskreises Unabhängiger Nachrichten“, deren Beiträge zu veröffentlichen und als Gegenleistung eine Anzeige abzudrucken, angenommen?

   a) Wenn ja, welche Schülerzeitungen an welchen Schulen in welchen Bundesländern?

   b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über diese Schülerzeitungen (z. B. sind in der Redaktion rechtextrem orientierte Schüler vertreten oder steht hinter der Zeitung eine rechtsextreme Partei oder Organisation)?

Der Bundesregierung liegen darüber keine Informationen vor.

8. In welchen Bundesländern gab oder gibt es Versuche von welchen rechtsextremen Parteien, Organisationen oder Zusammenschlüssen oder von neonazistischen Kameradschaften, die Einrichtung „Nationale Jugendclubs“ zu erreichen?

   Wo waren diese Versuche erfolgreich bzw. in welchen Bundesländern gibt es derzeit Jugendclubs, die von rechtsextremen Organisationen oder neonazistischen Kameradschaften betrieben werden (bitte alle Jugendclubs nennen und nach Bundesländern auflisten)?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

9. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Jugendclubs, die zwar nicht formal von rechtsextremen Organisationen betrieben, faktisch aber von Rechtsextremisten oder rechtsextremen Organisationen dominiert, unterstützt, als Rekrutierungsfeld oder Veranstaltungsorte genutzt werden (bitte alle Jugendclubs nennen und nach Bundesländern auflisten)?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

10. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über weitere Aktivitäten von rechtsextremen Parteien oder Organisationen oder neonazistischen Kameradschaften, mit denen gezielt Kinder und Jugendliche angesprochen und für ihre Ziele bzw. ihre Organisationen gewonnen werden sollen – beispielsweise die Organisation von Kinderfesten, Jugendfreizeiten, die Herausgabe von Jugendzeitschriften o. Ä.?

    Welche rechtsextremen Parteien, Organisationen oder neonazistischen Kameradschaften unternehmen solche Aktivitäten in welchen Bundesländern mit welchem Erfolg?

Auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 wird verwiesen.

Im Übrigen wird zu Erkenntnissen aus der jüngeren Vergangenheit auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 11 der Kleinen Anfrage der Fraktion der PDS in der Bundestagsdrucksache 14/1480 vom 11. August 1999 Bezug genommen.

11. Gibt es nach Erkenntnis der Bundesregierung Versuche von rechtsextremen Parteien, Organisationen oder neonazistischen Kameradschaften, Einfluss auf bestehende Sportangebote, Sportvereine o. Ä. zu nehmen oder eigene Angebote in diesem Bereich zu machen?

    Welche rechtsextremen Parteien, Organisationen oder neonazistische Kameradschaften unternehmen solche Aktivitäten in welchen Bundesländern mit welchem Erfolg?

Auf die Antworten zu den Fragen 2 und 3 wird verwiesen.

12. Steht die Bundesregierung hinsichtlich der beschriebenen Thematik in Kontakt mit den Landesämtern für Verfassungsschutz bzw. den dafür zuständigen Behörden der Bundesländer und wenn ja, welche Maßnahmen, den beschriebenen Aktivitäten entgegenzuwirken, wurden dabei erwogen bzw. durchgeführt?

Die Bundesregierung nimmt aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zu Einzelheiten der Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern Stellung.

13. Was hat die Bundesregierung in der Vergangenheit unternommen, um über Versuche der Einflussnahme von rechtsextremistischen Organisationen und Parteien auf Schülerinitiativen, Schülerzeitungen, Jugendclubs etc. aufzuklären, bzw. was wird die Bundesregierung in Zukunft dagegen unternehmen?

    Welche Publikationen und Informationsmaterialien wurden dazu bisher erstellt?

Die Aufklärungsarbeit und der Umgang mit den genannten – zumeist örtlich begrenzten – Aktivitäten fällt in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich der Länder bzw. Kommunen.

Im Übrigen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht nur in Presseauskünften seit Februar 2001 über die Propaganda-Aktivitäten des „Freundeskreises Unabhängige Nachrichten“ unterrichtet. Es hat hierüber auch in der Wanderausstellung „Demokratie ist verletzlich – Rechtsextremismus in Deutschland“ informiert, die von vielen Schulklassen besucht wird.

Darüber hinaus leistet die Bundesregierung mit einem breiten Spektrum verschiedenster Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und der politischen Bildung einen wichtigen Beitrag, um der Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts – insbesondere unter jungen Menschen – wirksam vorzubeugen. Auch im Rahmen der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wendet sich die Bundesregierung besonders an die junge Generation, um über rechtsextremistische Ideologien und darauf gründende Argumentationen aufzuklären.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333